Deutschlandfunk [MY HOUSE of EUROPEAN HISTORY] rtbf

DER REDETEXT IN DER ÜBERSETZUNG

Herr Präsident, werte Kollegen, dies ist für unser Parlament und für Wallonien ein außerordentlich wichtiger Moment.

Es geht hier nicht bloß um ein Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada. Es geht um die ganze Philosophie der Handelsbeziehungen, wie sie in den kommenden zehn, fünfzehn, zwanzig oder dreißig Jahren entstehen werden.

Es geht vordergründig um das Handelsabkommen CETA, doch die Diskussion, die wir ungeachtet unserer Freundschaft mit den Kanadiern führen, ist eine Grundsatzdiskussion, eine zwangsläufig politische und in gewisser Hinsicht auch philosophische Diskussion über Sinn und Zweck des Handels und die Art und Weise, wie er betrieben wird. Deshalb wiegt diese Diskussion auch so schwer.

Zunächst freue ich mich wie Sie, Herr Jeholet, von ganzem Herzen über die Qualität der Debatten, die wir in diesem Parlament über diese Themen geführt haben und die nun den Ausschlag dafür geben, dass wir gegenüber unseren europäischen und kanadischen Partnern voller Überzeugung zu unserer ablehnenden Haltung stehen können.

Es gibt nur wenige andere Parlamente, in denen derart umfangreich und tiefgründig debattiert wurde. Im niederländischen Parlament z. B. wurde auch heftig gestritten. Ich habe mich gestern Abend noch mit der niederländischen Außenhandelsministerin unterhalten, die mir anvertraute, dass ihr einige der Schwierigkeiten, denen wir bei uns begegnen, aus ihrem eigenen Parlament vertraut sind.

Auch im österreichischen Abgeordnetenhaus fand eine sehr ausführliche Debatte statt. Der österreichische Kanzler, mit dem ich mehrere Gespräche geführt habe, erklärte mir: „Je mehr man debattiert, je mehr man analysiert, desto stärker werden die Abgeordneten dazu motiviert, die Dinge zu hinterfragen."

Wenn hier bei uns in Wallonien eine Diskussion geführt wird und es Widerstände gibt, dann liegt das nicht daran, dass wir bornierter sind als andere, dass wir gerne das „kleine gallische Dorf" spielen möchten oder von Autarkie träumen. Es liegt ganz einfach daran, dass unsere Region zwei Besonderheiten aufweist, die man anderswo in Europa nur selten antrifft.

Zunächst war die demokratische Kultur in Wallonien schon immer besonders stark ausgeprägt. Wir verfügen in allen Sektoren über außerordentlich aktive, dynamische, aufmerksame und handlungsbereite gewerkschaftliche Organisationen, Genossenschaften und Vereine, die diesen Text mit großer Ernsthaftigkeit studiert haben, die den Rat der besten Experten eingeholt haben, die dazu Stellungnahmen eingereicht und damit unsere eigene Arbeit unterstützt haben. Diese lebendige demokratische Kultur unserer Bevölkerung können

wir nicht einfach unbeachtet lassen; wir können sie nicht einfach so beiseite wischen mit dem Argument, dass wir sonst das Risiko eingehen, isoliert dazustehen. Sich im 21. Jahrhundert von der eigenen Bevölkerung zu isolieren, von den eigenen Bürgern, in einer Zeit, in der die Demokratie bereits in einer tiefen Vertrauenskrise steckt, wäre mindestens ebenso fatal wie eine diplomatische Isolierung. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass diese bestehenden, engen Bindungen erhalten bleiben. Dies ist der erste Aspekt.

(Beifall)

Zweitens sind wir – darauf hat Prof. Koen Lenaerts, Präsident des Europäischen Gerichtshofs, an dieser Stelle noch einmal hingewiesen – eine der wenigen europäischen Regionen, die im Hinblick auf internationales Recht über die gleichen verfassungsmäßig verbürgten Privilegien verfügen wie die nationalen Parlamente. Wir, die wallonische Regierung, haben die Macht, Abkommen zu unterzeichnen oder eben auch nicht zu unterzeichnen, und Sie, das Parlament, haben die Macht, ein solches Abkommen zu ratifizieren bzw. nicht zu ratifizieren.

Dies verleiht unseren Diskussionen natürlich ein besonderes Gewicht. Wenn wir dieses Privileg nicht besäßen, würden wir heute nicht von so vielen Kameras aus allen Ecken Europas begleitet. Niemand würde sich um die Meinung Walloniens scheren, wenn die Meinung Walloniens nicht ausschlaggebend wäre.

In dieser Hinsicht tragen wir eine große politische Verantwortung.

Die Kunst der Politik besteht alleine darin, seine Verantwortung gewissenhaft wahrzunehmen. Wie Frau Defrang-Firket zu sagen: „Wir haben große Macht, wir haben zivilgesellschaftliches Engagement, schön und gut, aber wozu das Ganze: Schwamm drüber, unterzeichnet, ratifiziert und dann weiter wie bisher, ohne Rücksicht auf die geleistete Arbeit“, würde bedeuten, unsere Verfassungsorgane und unsere lebendige demokratische Kultur in Frage zu stellen. Welchen Zweck hat ein Parlament, wenn man um jeden Preis unterzeichnen, um jeden Preis ratifizieren muss?

Im Gegenzug zu sagen: „Ab auf den Müll damit, wir brauchen nicht darüber zu diskutieren“, würde nicht nur eine völlige Isolation nach sich ziehen, sondern auch bedeuten, dass wir den Einfluss, über den wir verfügen, nicht vollumfänglich nutzen.

Natürlich wollen wir diesen Einfluss vollumfänglich nutzen, aber um etwas damit zu erreichen und nicht nur, um „Nein“ zu sagen und dass wir dagegen sind. Dagegen, dagegen, dagegen! Wenn man sagt, dass man gegen etwas ist, muss man anschließend sagen, was man eigentlich will, und man muss die Kräfteverhältnisse nutzen, um Zugeständnisse zu erwirken, die in Richtung dessen gehen, was man sich vorstellt und was die Bevölkerung möchte. Das nennt man Politik und das ist, was wir gerade dabei sind zu tun. Das ist nicht einfach, und dennoch muss man sich dieser Aufgabe bis zum Schluss stellen

Natürlich haben wir nichts gegen Handel. Natürlich haben wir nichts gegen Kanada. Wenn wir auf diese karikaturistischen Vereinfachungen verzichten könnten, würde uns das nicht nur viel Zeit sparen, sondern auch zu einer Verbesserung der Beziehungen zu unseren europäischen und kanadischen Partnern beitragen.

Natürlich sind die Kanadier unsere Freunde. Natürlich bedauern wir letztlich, dass diese – wie bereits erwähnt – Grundsatzdiskussion um ein Abkommen mit Kanada geführt wird, eines der Länder, das uns weltweit mit am nächsten steht. Und wir bedauern, dass sie um eines der weltweit wohl fortschrittlichsten Abkommen geführt wird. Doch nur weil unsere Freunde unsere Freunde sind, ist dieses Abkommen nicht zwangsläufig besser als andere, und wir können uns deshalb nicht unserer Verantwortung und unserer demokratischen Sorgfaltspflicht entledigen.

Wir sind ein wichtiger Handelspartner für Kanada. Unser Handelsüberschuss mit Kanada lag im vergangenen Jahr bei 115 Millionen. Dies beweist, dass wir sehr wohl Handel mit Kanada treiben, und dass wir, auch ohne CETA, nicht Gefahr laufen, uns abzuschotten, uns „einzuigeln“, wie manche behaupten.

Ich komme gerade aus Japan zurück. Ich habe dort drei Tage verbracht, um mich für unsere Unternehmen vor Ort einzusetzen, um ihnen behilflich zu sein, mehr zu exportieren und ausländische Investoren in unser Land zu holen. Ich verfolge keine unterschiedlichen Agenden. Ich bin überzeugt,

dass Wallonien offen sein muss. Ich bin überzeugt, dass Wallonien exportieren und ausländische Investoren anziehen muss. Und ich weiß, dass wir hierfür über juristische Instrumente verfügen müssen.

Ich wiederhole noch einmal: Das bedeutet nicht, dass man alles hinnehmen muss, dass man sich selbst der Möglichkeiten beraubt, Dinge ernsthaft zu hinterfragen.

Wir müssen hier eine Unterscheidung treffen. Wir haben nichts gegen Handel. Wir haben nichts gegen Kanada. Im Übrigen, Frau Defrang-Firket, würde ich sogar behaupten, dass es gerade unsere Freundschaft zu den Kanadiern ist, die es uns gestattet ihnen zu sagen, dass wir mit einigen Dingen nicht einverstanden sind.

Ich mag es nicht, wenn eine Diskussion plötzlich in Drohungen ausartet, wie dies in den vergangenen Tagen der Fall war: „Achtung, das wird Konsequenzen haben. Achtung, das wird sich als Bumerang erweisen“, usw. Ich mag so etwas überhaupt nicht. Ich bin der Auffassung, dass so etwas einer demokratischen Debatte nicht würdig ist. Und ich mag auch nicht, wenn das Ganze anfängt, sich in eine beleidigende Richtung zu entwickeln. Ich hoffe, dass wir – gerade weil wir Freunde sind – Drohungen und mehr oder weniger beleidigende Äußerungen vermeiden können, dass wir offen und ehrlich miteinander reden und füreinander Verständnis aufbringen können.

Einem Freund mit Schwierigkeiten hört man zu, und man versucht, seine Schwierigkeiten zu verstehen. Man sucht mit ihm gemeinsam nach Lösungen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Das gilt im Alltag ebenso wie in bilateralen diplomatischen Gesprächen. Das möchten wir gerne deutlich machen.

Die Schwierigkeiten, die wir haben, sind kein Geheimnis.

Sie betreffen zunächst einmal formale Aspekte.

In diesem Punkt folge ich weitgehend Frau Ryckmans und Herrn Hazée. Ihre Ausführungen wurden im Übrigen von den Abgeordneten der Mehrheitsfraktion immer wieder mit Beifall bedacht. Es gibt ein echtes Problem hinsichtlich der Art und Weise, wie derartige Handelsabkommen verhandelt werden. Diejenigen, die das heute nicht verstehen wollen, sind dabei, eine ebenso schwerwiegende Krise des bilateralen Handels herbeizuführen, wie wir sie vor 15 Jahren erleben mussten.

Damals, 2001, teilte uns die WHO mit: „Wir eröffnen die Entwicklungsrunde von Doha zur multilateralen Liberalisierung des Handels." Großartig: Kaum war die Doha-Runde eröffnet, begannen hinter verschlossenen Türen umfangreiche Verhandlungen, während die NGOs in einen kleinen Saal abgeschoben wurden und den Anschein haben sollten, über die Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten zu werden. Von Zeit zu Zeit schaute mal jemand nach dem Rechten, ob denn noch genügend Wasser und Kaffee da seien, doch echte Informationen oder ein Mitspracherecht gab es nicht.

So läuft das nicht und so wird es auch nicht mehr laufen. Die Doha-Runde ist seit 15 Jahren völlig festgefahren.

Aus diesem Grund führen wir heutzutage bilaterale Gespräche. Weil multilaterale Gespräche nicht mehr fruchten, versucht Europa die Beziehungen zu seinen engsten Partnern, zu Kanada, zu Japan und bald auch mit den Vereinigten Staaten zu stärken und auf eine neue Grundlage zu stellen, und zwar unter Einbeziehung seiner Werte, Normen und Regeln in den Bereichen Soziales, Umwelt, Menschenrechte und kulturelle Ausnahme, die sehr viel stärker und nachhaltiger Berücksichtigung finden, als dies bei multilateralen Freihandelsabkommen der Fall ist. Genau aus diesem Grund müssen wir Europäer, wenn wir weiterhin fortschrittlich und weltoffen agieren, wenn wir weiterhin eine wichtige Rolle in der Welt spielen möchten, die Idee bilateraler Abkommen verfolgen, in denen Normen und Standards auf hohem Niveau festgeschrieben sind.

Ich schließe mich nicht den Worten von Herrn Gillot an, der erklärt hat: „Wir werfen das Abkommen auf den Müll." Wir werfen das Abkommen auf den Müll und dann? Dann ändert sich gar nichts und wir erleben genau die Situation, die wir heute schon vielerorts haben, nämlich dass multinationale Konzerne, deren Umsatz zuweilen höher liegt als das BIP mancher Mitgliedsstaaten und die glauben, Gesetze bestimmen zu können, sich privater Schiedsgerichte bedienen oder mit Desinvestitionen, Marktrückzug oder Vergeltungsmaßnahmen drohen. So sieht die Welt heutzutage aus.

Genau dies möchten wir vermeiden, davon möchten wir uns lösen, und zwar durch weltweite Aufstellung sozio-ökonomischer und ökologischer Regeln, die das in die zwischenstaatlichen Beziehungen transportieren, was wir in unseren staatlichen Institutionen, Jahrzehnt für Jahrzehnt, in langen sozialen Kämpfen errungen haben. Soziale Rechte fallen nicht einfach so vom Himmel. Umweltschutznormen fallen nicht einfach so vom Himmel. Sie sind das Ergebnis einer langen Mobilisierung der Gesellschaft, die zu einem gegebenen Zeitpunkt Niederschlag in die Gesetzgebung gefunden hat. Dies gilt auch auf internationaler Ebene.

Wenn wir wollen, dass es morgen echte Sozialstandards gibt, wenn wir wollen, dass die Übereinkommen der ILO umgesetzt, respektiert und für alle verbindlich werden, wenn wir echte Regelungen wollen im Sinne der Menschenrechte und einer nachhaltigen Entwicklung, müssen wir verhandeln, um einen Vertrag zu erhalten, der so hohe Standards festlegt, wie sie der europäischen Norm entsprechen. Das ist die zentrale Herausforderung von CETA.
Und darum müssen wir „Nein" sagen, um weiter zu verhandeln. Kein „Nein", um alles zum Scheitern zu bringen und alles in Aufruhr zu versetzen, sondern ein „Nein", um zu einer Position der Stärke zurückzufinden, die es uns gestattet, mehr Sozialstandards, mehr Umweltstandards und mehr Klauseln zur Stärkung der öffentlichen Hand zu integrieren und uns auch morgen noch ermöglicht zu sagen: „So sehen europäische Standards aus." Und wenn die Europäische Union mit Japan, den Vereinigten Staaten oder sonst wem in Verhandlungen tritt,

werden die Gespräche auf Basis dieser Standards geführt werden. Das ist die wirkliche Herausforderung des Ganzen, und genau deshalb wird darüber heute so heftig diskutiert.

(Beifall)

Solche Verhandlungen können selbstverständlich nicht auf herkömmliche Weise geführt werden. Man kann mit den Methoden von gestern nichts Neues entwickeln. „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind", hat Albert Einstein einmal gesagt. Es geht darum, die gesamte Weise zu verändern, wie Handelsgespräche geführt werden.

In seiner Abhandlung „Zum ewigen Frieden" sagte Immanuel Kant, Zitat: „Alle auf das Recht anderer Menschen bezogene Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, sind unrecht." Dies ist zu einem Grundprinzip internationalen Rechts geworden. Was man nicht zu verbergen hat, darf man nicht verbergen.

Wenn man in diesem Handelsabkommen nichts zu verbergen hat, wenn CETA gut für kleine und mittlere Unternehmen ist, gut für die Landwirte, gut für die öffentliche Hand, gut fürs Wachstum … Warum wird es heimlich ausgehandelt? Warum nicht offen vor den Bürgern? Das ist ein grundlegender methodischer Widerspruch. Und zwar von Anfang an.

Frau Defrang-Firket, es stimmt nicht, dass wir jetzt, nach 10 Jahren, endlich aufgewacht sind. 2009 wurde ein etwa 20-seitiges Mandat erteilt, das die Rahmenbedingungen festlegte. Zwischen 2009 und 2015 verhandelte die Kommission im Namen der Europäischen Union, wie es ihrer Aufgabe entspricht, doch sie legte darüber so gut wie keine Rechenschaft ab, informierte so gut wie gar nicht über den Stand der laufenden Verhandlungen. Dann, 2015, hieß es plötzlich: „Hallo, wir sind fertig.“ Aus den ursprünglichen 20 waren 1 600 Seiten geworden, und nun sollen wir dazu einfach Ja und Amen sagen? Nein, genau so etwas funktioniert nicht. Und genau deswegen, weil wir diese Form der Handelsgespräche nicht länger akzeptieren können, haben wir im September 2015, gleich nachdem uns die Inhalte des Abkommens bekannt waren, Alarm geschlagen.

Ich will sie nicht mit einer endlosen Auflistung der Konsultationen langweilen, die wir seit mehr als einem Jahr führen, aber ich möchte daran erinnern, dass ich der Quebecer Ministerin für internationale Beziehungen schon am 18. September 2015 erklärt habe, welche Schwierigkeiten wir mit CETA haben.

Einige Tage später, am 2. Oktober 2015, also vor über einem Jahr, habe ich das Büro von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström im Berlaymont-Gebäude aufgesucht, um ihr sehr deutlich zu erklären, welche Schwierigkeiten wir mit diesem Abkommen haben. Das ganze letzte Jahr hindurch standen wir mit unseren europäischen Partnern in Kontakt, mit der Kommission, mit Kanada, doch leider so gut wie ergebnislos.

Die erste innerbelgische Koordinationssitzung fand am 6. Juli 2016 statt. Zwischen Oktober und Juli, 10 Monate lang, ist nichts passiert. Dann plötzlich, im Juli 2016, schien man sich zu sagen: „Sieh mal einer an, die Wallonen scheinen an ihrer Meinung festzuhalten. Die Wallonen scheinen zu wissen, was sie wollen und könnten die Sache bis zum Schluss durchziehen. Wir müssen also wohl mit ihnen verhandeln.“

Einige Tage später telefonierte ich mit dem Quebecer Premierminister Philippe Couillard und erklärte ihm: „Ich verstehe, dass es schwierig ist, jetzt alles noch einmal neu zu verhandeln, aber ich bitte Sie um Verständnis, dass wir in einer Resolution einige Eckpunkte festgehalten haben, über die wir im Rahmen eines noch zu definierenden Rechtsinstruments noch einmal diskutieren möchten. Dabei kann es sich um ein Protokoll, eine Zusatzvereinbarung oder eine Auslegungserklärung handeln, solange dies rechtlich bindend ist.“ Ich erhielt zur Antwort: „Warum nicht, das könnte eine gute Idee sein“, doch es folgte nichts.

Ich wiederholte mein Anliegen Ende September gegenüber dem Sondergesandten von Premierminister Trudeau, Pierre Pettigrew, und den Botschaftern, doch es dauerte bis zum 4. Oktober, bis uns einige Punkte zum Inhalt einer möglichen Auslegungserklärung mündlich mitgeteilt wurden, wobei es hieß: „Wir sind bereits in Verzug, also versuchen Sie bitte sich bis zum 11. Oktober zu einigen – spätestens jedoch bis zur Ausschusssitzung der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten am 18. Oktober.“ Wir erhielten die Auslegungserklärung –

mündlich vorgetragen – erst am Abend des 6. oder 7. Oktober in einer vorläufigen Version, und bekommen seither jeden Tag weitere kleinere Ergänzungen.

Jeden Tag wird mir ein weiteres Bröckchen der Auslegungserklärung vorgeworfen, offenbar mit dem Hintergedanken: „Hier habt ihr was. Und noch was. Und nochmal ein bisschen. Und am Ende stimmt ihr doch zu.“

Dieses Vorgehen ist einfach nicht in Ordnung. Ich wiederhole es, immer und immer wieder. Ich habe es gestern zu Präsident Hollande gesagt, ich habe es gestern Abend Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gesagt und ich habe es allen gesagt, die die Freundlichkeit und die Höflichkeit besaßen, mich anzurufen um mich zu fragen, wie es um Wallonien bestellt ist. Wir sind bereit zu diskutieren, aber wir wollen gemeinsam an einem Tisch diskutieren, transparent und unter Einhaltung der demokratischen Spielregeln.

Wir möchten sagen können: „Hier sind die Eckpunkte, die wir Wallonen in einem Abkommen auf jeden Fall wiederfinden möchten“, und erst nach Abschluss derartiger Verhandlungen und erst wenn unsere europäischen und kanadischen Partner auf unsere wesentlichen Einwände eingegangen sind, werden wir erklären: „Ja, dies ist ein Abkommen, dass sehr hohe Standards festlegt und das es durchzusetzen gilt.“

Bislang habe ich noch immer keine Antwort erhalten. Ich habe heute Morgen am Telefon noch mit dem Bundesminister für auswärtige und europäische Angelegenheiten, Didier Reynders,

gesprochen, um ihm diese Auswegmöglichkeit zu schildern. Ich denke, er war interessiert und ich hoffe, dass wir in dieser Richtung voranschreiten können. Das ist mein fester Wille. Dafür müssen wir allerdings echte Bereitschaft zeigen, die Vorgehensweise zu ändern. Wir müssen wenigstens jetzt vor der Zielgeraden deutlich machen, dass bei Regionen, die Schwierigkeiten mit dem Abkommen haben, die Einsicht gelten sollte: „Besser spät als nie“, und dass wir bei weitem nicht so isoliert sind, wie manche glauben. Natürlich traut sich niemand, den Mund zuerst aufzumachen. Es ist immer das Gleiche: Man denkt, wer zuerst den Mund aufmacht, wird gescholten, wird mit Vergeltungsmaßnahmen gestraft, wird unter Druck gesetzt. Viele warten einfach ab und denken sich: „Ob die Wallonen wohl zuerst den Mund aufmachen werden? Dann muss ich es nicht mehr tun, weil das ganze Verfahren zum Stillstand kommt …“; diese Spielchen sind allgemein bekannt.

Ich kann Ihnen versichern, dass ich in den zahlreichen bilateralen Gesprächen, die ich geführt habe, nichts als Bedenken gehört habe, und zwar in mindestens vier oder fünf EU-Mitgliedsstaaten – und die EU-Kommission ist sich dessen völlig bewusst.

Es sind bloß innerbelgische politische Spielchen, die die Menschen glauben machen wollen, dass aktuell nur in Wallonien Widerstände gegen dieses Abkommen existieren.

Wenn es so ist, sollten wir uns an einen Tisch setzen und ganz offen und transparent miteinander diskutieren. Und prüfen, ob unsere legitimen Forderungen erfüllt werden können.

Die Forderungen, die Sie in Ihren Resolutionen gestellt haben – das möchte ich dem Parlament in aller Deutlichkeit sagen –, dass das Parlament analysieren, anhören, Stellung nehmen und Eckpunkte einer Resolution festlegen soll, sind kein Deckungsmanöver, sondern ein Beweis für die Lebendigkeit unserer Demokratie. Ich brauche das Parlament nicht als Vorwand. Ich möchte nur zeigen, dass ich mich auf eine sehr breite parlamentarische Mehrheit stützen kann, die weit über die Regierungsmehrheit hinausgeht.

Wenn wir sagen: „Wir haben Schwierigkeiten mit dem ICS, dem vielzitierten Schiedsgerichtssystem in seiner gegenwärtigen Form“, sind wir bei weitem nicht die Einzigen. Man braucht nur einen Blick in das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts von gestern Abend werfen.
Darin heißt es, dass Deutschland das Abkommen unterzeichnen darf, sofern dies keine Zustimmung zu besagtem Schiedsgerichtssystem darstellt, das unter keinen Umständen in Kraft treten kann, auch nicht vorläufig. Und das deutsche Bundesverfassungsgericht hat in Europa ein gewisses Gewicht. Wenn es in seinem Urteil so etwas sagt, dann sind es nicht nur wir, die kleinen Wallonen, die Schwierigkeiten mit diesem Mechanismus haben.

Es äußert genau die gleichen Kritikpunkte – die Gefahr einer schleichenden Privatisierung der Justiz –, die wir bereits geäußert haben und die Sie in Ihren Resolutionen geäußert haben.

Wenn wir sagen: „Die Auslegungserklärung ist voll guten Willens“, dann meinen wir das auch so. Die politischen Botschaften, die an uns gerichtet werden, kommen unseren Erwartungen im Hinblick auf Menschenrechte, kulturelle Ausnahme, Umweltschutz, IAO-Konventionen, Arbeitsrecht, Regulierungsmöglichkeiten, das Prinzip der Vorsorge usw. entgegen, denn jeden Tag erreichen uns neue Seiten. All diese Elemente gehen in die richtige Richtung und kommen unseren Forderungen entgegen.

Doch in ihrer gegenwärtigen Form ist die Auslegungserklärung nicht ausreichend; die darin gegebenen Garantien sind nicht ausreichend.

Ich möchte hier nicht zu sehr in die juristischen Details gehen, aber die Gutachten, die wir von verschiedenen Anwaltskanzleien und Universitätsgelehrten eingeholt haben, besagen, dass eine Auslegungserklärung, sofern sie in bestimmter Weise abgefasst ist, rechtlich bindend sein kann, sofern sie von beiden Parteien akzeptiert wird. Sie ist auch Dritten gegenüber wirksam und durchsetzbar und besitzt, wenn sie in einer ganz bestimmten Weise formuliert ist, genau die gleiche Rechtswirksamkeit wie das Abkommen selbst.

Wenn in der Auslegungserklärung in Artikel 30, Absatz 5 beispielsweise steht: „Dieses und jene Wort ist in diesem und jenem Sinn zu verstehen“, dann hat dies genau die gleiche rechtliche Bedeutung wie eine Vertragsänderung. Es handelt sich dann um eine Änderung des Abkommens.

Die Frage lautet nicht: „Brauchen wir eine Auslegungserklärung oder ein anderes juristisches Instrument?“ Die Frage lautet: „Wie muss der Wortlaut im Einzelnen formuliert werden?“ Das habe ich auch allen mitgeteilt, die mich angerufen haben. Wenn Sie möchten, dass wir wieder in die Diskussion einsteigen, fordern wir, dass einige Punkte der Auslegungserklärung neu formuliert und einige weitere Punkte hinzugefügt werden.

Ich bin angesichts der zahlreichen Gespräche, die ich geführt habe, davon überzeugt, dass viele andere europäische Staaten uns unterstützen werden, denn auch sie wünschen sich im Hinblick auf den Schutz des öffentlichen Dienstes und des Arbeitsrechts deutlich präzisere Klauseln.

Und genau diese Botschaft müssen wir vermitteln.

Politisch ist das keine einfache Sache, natürlich nicht. Egal was wir tun, wir gehen damit ein Risiko ein. Wir können das Risiko eingehen, uns von unserer eigenen Bevölkerung zu entfremden. Wir können sagen: „Wir nehmen uns nicht für wichtiger als wir sind, wir nehmen das Abkommen so, wie es ist, so schlecht ist es ja nicht. Auf die paar Mängel kommt es uns jetzt nicht an.“ Ich denke aber, dass wir auf diese Weise das unter den politischen Akteuren bereits vorhandene Misstrauen weiter vertiefen, und zwar noch stärker im Hinblick auf internationale Verhandlungen und Handelsgespräche.

Wir können auch das Gegenteil sagen: „Lasst uns ablehnen, ein Federstrich genügt, und dann zünden wir ein Feuerwerk und freuen uns, dass wir CETA zum Scheitern gebracht haben. Was

morgen kommt, ist uns egal!“ Auch das scheint mir kein verantwortliches politisches Handeln zu sein.

Wir können aber auch „Nein“ sagen und die Gründe dafür darlegen und erklären, unter welchen Umständen wir zu einer Neuverhandlung bereit wären. Das war schon immer unsere Haltung und wird es auch bleiben.

Was ich allen sagen werde, die mir diese Frage stellen, und was ich eben dem belgischen Außenminister mitgeteilt habe, ist Folgendes:

> Das wallonische Parlament hat die Auslegungserklärung heute noch einmal geprüft;
> Weitere Dokumente werden im Laufe des Tages noch eintreffen, vermutlich auch morgen, möglicherweise auch am Montag. Wir werden diese Dokumente weiterhin prüfen, denn es ist diese Ernsthaftigkeit, diese strikte Analyse, die unserem Vorgehen Glaubwürdigkeit schenkt;
> Zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch enthält die Erklärung nach eingehender Prüfung keine ausreichenden Garantien.

Entsprechend meiner Verpflichtung werde ich der Bundesregierung keine Vollmacht erteilen. Belgien wird CETA am 18. Oktober nicht beitreten.

(Beifall)

Ich sehe dies nicht als Aus oder unbedingtes Veto, sondern als Aufforderung, neue Verhandlungen einzuleiten. Damit die rechtmäßigen Erwartungen einer Zivilgesellschaft von den EU-Spitzen berücksichtigt werden können. Damit wir gemeinsam zum Wohlstand beitragen können und zum Wiederaufbau des politischen Vertrauens der Bürger in ihre Vertreter.

(Beifall)

DER REDETEXT IM ORIGINAL

Monsieur le Président, chers collègues, c'est pour notre Parlement et la Wallonie, un moment extrêmement important.

Ce dont nous parlons, ici, ce n'est pas seulement d'un traité commercial entre l'Union européenne et le Canada. Ce dont nous parlons ici, c'est de toute la philosophie des échanges commerciaux tels qu'ils se construiront pour les 10, 15, 20 ou peut-être 30 prochaines années.

Cela tombe sur le traité CETA, mais la discussion que nous avons, au- delà de toute l'amitié qui nous lie aux Canadiens, est dans le fond une discussion de principe, une discussion évidemment politique et même, à certains égards, une discussion philosophique sur le sens même de ce qu'est le commerce et sur la manière dont il faut le mener. C'est pour cela qu'il y a dans ce débat tant de gravité.

Je commencerai comme vous, Monsieur Jeholet, par me réjouir du fond du cœur de la qualité des débats que nous avons eus dans ce Parlement sur ces sujets et qui font qu'aujourd'hui, nous pouvons très sereinement assumer notre opposition à l'égard de l'ensemble de nos partenaires, qu'ils soient européens ou canadiens.

Il y a très peu d'autres parlements qui ont mené un débat aussi riche que le nôtre. Il y a eu un débat très fort aussi au Parlement néerlandais. Je me suis entretenu hier soir encore avec la ministre néerlandaise du Commerce extérieur qui m'a confié qu'un certain nombre de difficultés que nous rencontrons, elle les rencontre également dans son propre Parlement.

Il y a eu un débat également à la Chambre basse du Parlement autrichien qui a lui aussi été très approfondi. Là aussi, le Chancelier autrichien, avec qui je me suis entretenu à plusieurs reprises, m'a dit la même chose : "plus on débat, plus on analyse, plus effectivement les parlementaires se posent des questions".

S’il y a un débat, ici, en Wallonie, et s'il y a des réticences, ce n'est pas parce que nous sommes plus bornés que les autres, ce n'est pas parce que nous prendrions plaisir à être le « petit village gaulois », ce n'est pas parce que nous rêvons d'autarcie. C'est tout simplement parce que dans cette Région, il y a deux particularités que l'on rencontre assez peu ailleurs en Europe.

La première particularité, c'est que la Wallonie a toujours été une terre de grande vitalité démocratique. Nous avons des organisations syndicales, des mutualités, des associations, dans tous les secteurs, extrêmement actives, dynamiques, vigilantes, mobilisées qui ont étudié ce texte avec beaucoup de sérieux, qui ont consulté les meilleurs experts, qui ont remis des avis et qui ont alimenté nos propres travaux. Cette vitalité démocratique de notre propre population, nous ne pouvons pas en faire fi ; nous ne pouvons pas le balayer du revers de la main sous prétexte que nous risquons d'être isolés. Être isolés de sa propre population, être isolés de ses propres citoyens, à une époque, au début du XXIe siècle, où la démocratie est déjà tellement profondément en crise, ce serait au moins aussi grave que d'être diplomatiquement isolés. Nous devons faire en sorte que ces liens très forts que nous avons soient préservés. C'est un premier élément du débat.

Deuxièmement, nous sommes – cela nous a été rappelé, ici, par M. le Professeur Koen Lenaerts, par ailleurs Président de la Cour de justice de l'Union européenne – l'une des très rares régions en Europe qui a constitutionnellement le même privilège, en termes de droit international, que les parlements nationaux. Nous avons, le Gouvernement wallon a le pouvoir de signer et donc aussi de ne pas signer un traité et votre Parlement a le pouvoir de ratifier et donc aussi celui de ne pas ratifier un traité.

Ceci donne évidemment une très grande gravité à nos débats. Si nous n'avions pas ce privilège, nous n'aurions pas le panel de caméras, venues des quatre coins de l'Europe. Pas grand

monde ne se soucierait de l'avis de la Wallonie, si l'avis de la Wallonie n'était pas décisif.

Nous avons donc, de ce point de vue là, une responsabilité politique majeure. Tout l'art de la politique, c'est de savoir utiliser ces responsabilités. Dire, comme Mme Defrang-Firket : « Nous avons un pouvoir formidable, nous avons une société civile qui s'est mobilisée, c'est très bien. Enfin, à quoi bon, laissons tomber, signez, ratifiez et puis allons de l'avant et ignorons tout le travail que nous avons fait », ce se serait remettre en cause nos propres compétences constitutionnelles et notre propre vitalité démocratique. À quoi sert alors un parlement, s'il faut de toute façon signer, s'il faut de toute façon ratifier ?

À l'inverse, dire : « Mettons tout cela à la poubelle, cela ne sert à rien de discuter », ce serait non seulement confirmer un isolement complet, mais ce serait aussi ne pas utiliser pleinement le pouvoir qui est le nôtre.

Bien sûr, nous utilisons pleinement ce pouvoir, mais nous l'utilisons pour obtenir quelque chose, pas juste pour crier « non », pas juste pour dire que nous ne sommes pas d'accord. Pas d'accord, pas d'accord, pas d'accord ! Quand on a dit que l'on n'était pas d'accord, il faut ensuite dire ce que l'on veut et il faut utiliser le rapport de force que l'on a construit pour obtenir des concessions qui vont dans le sens de ce que sont nos inspirations et de ce que sont les aspirations de notre population. C'est cela la politique et c'est cela que nous sommes en train de faire. C'est difficile, mais malgré tout, il faut aller au bout de cet exercice.

Bien sûr, nous ne sommes pas contre le commerce. Bien sûr nous ne sommes pas contre le Canada. Si l'on pouvait déjà s'épargner ces caricatures, si l'on pouvait s'épargner ces simplismes, l'on gagnerait non seulement beaucoup de temps, mais on gagnerait aussi beaucoup de la qualité des relations avec nos partenaires européens, avec nos partenaires canadiens.

Bien sûr que les Canadiens sont nos amis. Bien sûr que nous regrettons finalement que cette discussion – je l'ai dit – de principe tombe sur ce traité avec le Canada, lequel est certainement l'un des pays les plus proches de nous au monde, tombe sur ce traité certainement l'un des plus avancés aujourd'hui au monde. Ce n'est pas parce que nos amis sont nos amis que ce traité est moins mauvais que d'autres et que nous devrions renoncer à exercer notre responsabilité et notre devoir de vigilance démocratique.

Nous sommes un partenaire commercial important du Canada. L'année dernière, nous avions d'ailleurs un excédent commercial de 115 millions vis-à-vis du Canada. C'est la preuve que l'on commerce très bien avec le Canada et que, même sans le CETA, nous ne sommes pas en train de nous refermer sur nous-mêmes, de nous « racrapoter », comme certains le disent et le prétendent.

Je reviens du Japon. J'ai passé trois jours à défendre nos entreprises présentes sur place pour les aider à exporter davantage, à essayer d'attirer chez nous des investisseurs

étrangers. Je n'ai pas deux discours. Je sui convaincu que la Wallonie doit être une Wallonie ouverte. Je suis convaincu que la Wallonie doit exporter et qu'elle doit attirer des investissements étrangers. Je sais que, pour ce faire, nous avons besoin d'instruments juridiques.

À nouveau, cela ne veut pas dire que l'on doit tout accepter, que l'on doit se priver du pouvoir que nous avons d'avoir un véritable examen critique.

Sachons faire la part des choses. Nous ne sommes pas contre le commerce. Nous ne sommes pas contre le Canada. Je dirais d'ailleurs que c'est justement, Madame Defrang-Firket, parce que les Canadiens sont nos amis que nous pouvons nous permettre de leur dire que nous ne sommes pas d'accord avec un certain nombre de choses.

Je n'aime pas quand la discussion, tout d'un coup, commence à glisser vers la menace, comme on a pu l'entendre ces derniers jours : « Attention, il y aura des conséquences. Attention, il y aura des rétorsions », et cetera. Je n'aime pas cela du tout. Je trouve que ce n'est pas digne d'un débat démocratique. Je n'aime pas non plus quand cela commence à glisser tout doucement vers des choses qui s'apparentent à de l'injure. J'espère que, justement parce que nous sommes des amis, nous pouvons éviter entre nous les menaces et les propos plus ou moins injurieux ; que nous pouvons nous dire les choses franchement, en toute sincérité, en toute compréhension réciproque.

Quand on a un ami qui a des difficultés, on l'écoute et on essaie de comprendre ses difficultés. On essaie de voir avec lui comment on peut les surmonter ensemble. Cela vaut autant dans les relations diplomatiques bilatérales que dans la vie de tous les jours. C'est le message que nous voulons faire passer.

Nos difficultés sont bien connues.

Elles sont d'abord sur la forme.

Je vous rejoins, Madame Ryckmans et Monsieur Hazée, là-dessus assez largement. Vous avez été applaudis d'ailleurs sur les bancs de la majorité à certains moments. Il y a un vrai problème avec la manière dont on négocie ces traités commerciaux. Ceux qui, aujourd'hui, ne le comprennent pas sont en train de préparer une crise du commerce bilatéral exactement équivalente à celle que nous avons connue il y a 15 ans avec la crise du commerce bilatéral.

En 2001, souvenez-vous, l'OMC nous a dit : « On ouvre le site de Doha, un nouveau grand cycle de libéralisation multilatérale. » Formidable, ouvert, on fait de grandes négociations secrètes, mais on prépare une petite salle dans le coin où les ONG peuvent faire semblant d'être tenues informées et, de temps en temps, on vient leur faire coucou en leur demandant si cela va, si elles veulent encore un peu d'eau, encore un peu de café, mais sans rien leur donner de véritables éléments d'information et sans débat. Cela ne marche pas et cela ne marchera plus jamais. Les rounds de Doha sont enlisés depuis 15 ans.

C'est pour cela que nous faisons aujourd'hui des discussions bilatérales. C'est justement parce que le multilatéral ne fonctionne plus que l'Europe essaie de renouer des relations avec les partenaires les plus proches, avec le Canada, avec le Japon, demain avec les États-Unis, et de le faire sur d'autres bases, de le faire en incluant dans ses relations des normes, des règles sociales, environnementales, de respect des droits de l'homme, de respect de l'exception culturelle qui sont plus fortes et beaucoup plus solides que celles que l'on peut trouver dans les traités de libéralisation multilatéraux. C'est pour cela que, si nous sommes progressistes et si nous sommes ouverts au monde, si nous voulons, nous, Européens, continuer de jouer un rôle sur la scène mondiale, nous devons défendre l'idée de traités bilatéraux qui fixent des normes et des standards élevés.

Moi, je ne suis pas, Monsieur Gillot, pour dire :
On met le traité à la poubelle ». Cela veut dire que l'on met le traité à la poubelle et puis quoi ? Rien. Puis, on aura exactement ce que l'on a encore aujourd'hui : des multinationales avec parfois des chiffres d'affaires supérieurs au PIB de certains États membres qui pensent qu'elles peuvent fixer la loi, des multinationales qui recourent à des juridictions privées ou à la menace du désinvestissement, à la menace de retrait, à la menace de rétorsion. C'est cela, le monde réel d'aujourd'hui.

C'est ce que nous voulons éviter, ce dont nous voulons sortir, précisément en édictant des règles socio-économiques et environnementales à l'échelle mondiale, qui transposent dans les relations entre les États ce que nous sommes parvenus à

construire dans le chef de nos États, décennie après décennie, au nom de longs combats sociaux. Les droits sociaux ne sont pas venus comme cela en une fois. Les normes environnementales ne sont pas venues comme cela en une fois. Elles sont le résultat d'une longue mobilisation de la société qui s'est traduite à un moment donné par une législation.

Il en va exactement de même à l'échelle internationale.

Si nous voulons, demain, qu'il y ait de vraies normes sociales, si nous voulons que les conventions de l'OIT soient applicables, respectées, contraignantes, si nous voulons qu'il y ait de vraies règles en matière des droits de l'homme, du développement durable, il faut faire un travail de négociation pour obtenir un premier traité qui fixe les standards si hauts que cela deviendra la norme européenne. C'est l'enjeu fondamental du CETA.

C'est pour cela que nous devons dire « non » pour négocier. Non pas « non » pour tout saborder et donner un coup de pied dans la fourmilière, mais « non » pour créer un rapport de force qui nous permette d'obtenir plus de normes sociales, plus de normes environnementales, plus de clauses de respect des services publics et qui nous permette, demain, de dire :

Voilà le standard européen ». Quand l'Union européenne ouvrira une négociation avec le Japon, avec les États-Unis ou avec n'importe qui d'autre, c'est à partir de ce standard-là que l'on discutera. C'est cela l'enjeu fondamental et c'est pour cela qu'aujourd'hui, ces débats sont aussi forts.

Une telle négociation, on ne peut évidemment pas la mener selon les méthodes habituelles. On ne peut pas faire du nouveau avec les méthodes à l'ancienne. « Un mode de pensée qui a produit les problèmes d'aujourd'hui ne peut pas produire les solutions de demain », disait en substance Albert Einstein. C'est toute la manière de faire des négociations commerciales qui doit changer.

Dans le traité *Vers la paix perpétuelle*, Emmanuel Kant disait : « Toutes les actions relatives au droit d'autrui, dont la maxime n'est pas susceptible de publicité, sont injustes ». C'est devenu un principe fondamental du droit international. En d'autres termes, tout ce que l'on n'a pas à cacher, on ne doit pas le cacher.

Si l'on n'a rien à cacher dans ces accords commerciaux, si le CETA est bon pour les petites et moyennes entreprises, si le CETA est bon pour les agriculteurs, si le CETA est bon pour les services publics, si le CETA est bon pour la croissance, alors pourquoi faut-il le négocier en secret ? Pourquoi n'a-t-on pas la confiance de le faire devant les citoyens ? Il y a là une contradiction fondamentale dans la méthode. Elle s'est appliquée depuis le début.

Madame Defrang-Firket, ce n'est pas que nous nous soyons réveillés après 10 ans. Un mandat d'une vingtaine de pages a été donné en 2009. Il fixe les balises et le cadre. Entre 2009 et 2015, la Commission négocie au nom de l'Union européenne, c'est son rôle, mais ne rend pratiquement aucun compte, ne donne pratiquement aucune information sur ce que sont ces

négociations en cours. Puis, on arrive en 2015 en disant : « Bonjour, voilà, c'est fini ». Les 20 pages sont devenues 1 600 pages et maintenant on vous demande de dire « amen ». Non, c'est précisément ce qui ne marche pas. C'est précisément parce que nous ne pouvons plus accepter cette manière de faire de la négociation commerciale que nous avons, dès septembre 2015, dès que les textes nous ont été connus, tiré la sonnette d'alarme.

Je ne vais pas vous refaire l'interminable liste des contacts que nous avons eus depuis plus d'un an, mais je voudrais rappeler quand même que c'est le 18 septembre 2015 que j'ai indiqué à la ministre québécoise des Relations internationales ces difficultés que nous avions avec le CETA. C'est quelques jours plus tard, le 2 octobre 2015, il y a plus d'un an, que je me suis rendu au bureau de Mme Malmström, la commissaire en charge du Commerce, au Berlaymont, pour lui expliquer très clairement les difficultés que nous avions avec ce traité. Tout au long de l'année, nous n'avons pas cessé d'avoir des contacts avec nos partenaires européens, avec la Commission, avec le Canada, mais tout cela n'a pratiquement rien donné.

La première réunion de coordination intrabelge a eu lieu le 6 juillet 2016. Entre octobre et juillet, pendant 10 mois, il ne s'est rien passé. Tout à coup, en juillet 2016, on a commencé à se dire : « Tiens, ces Wallons ont l'air déterminés. Ces Wallons ont l'air de savoir ce qu'ils veulent et ils ont l'air de vouloir aller au bout. Il va donc falloir commencer à discuter avec eux ».

Quelques jours plus tard, j'appelais le Premier ministre québécois, M. Couillard, en lui disant : « Je comprends que ce soit difficile de tout renégocier, mais comprenez que nous avons, dans une résolution, énoncé quelques balises fondamentales et nous voudrions rediscuter sur ces balises dans un instrument juridique à définir. Cela peut être un protocole, cela peut être une convention additionnelle, cela peut être une déclaration interprétative, du moment que c'est juridiquement contraignant ». À ce moment-là, on m'a dit : « Pourquoi pas, cela pourrait être une bonne idée », mais rien n'a suivi.

J'ai répété ceci fin septembre à l'envoyé spécial de M. Trudeau, M. Pettigrew, et aux ambassadeurs, mais il a fallu attendre le 4 octobre pour que l'on donne oralement les premiers éléments de ce qu'était la table des matières d'une éventuelle déclaration interprétative, en nous disant : « S'il vous plaît, nous sommes déjà en retard, essayez d'être d'accord pour le 11 octobre – en tout cas, au grand plus tard pour le 18 octobre qui est la réunion du COREPER ». Cette déclaration interprétative nous est arrivée – qui nous a été présenté oralement – seulement le 6 ou le 7 octobre en soirée, dans une version partielle et dont nous recevons encore chaque jour des petits compléments.

Tous les jours, je reçois un petit bout de déclaration interprétative en plus, avec un peu l'idée : « Allez, ce n'est pas assez. Tiens, en voilà encore un petit morceau. Un petit morceau, vous finirez bien par dire « oui » ».

Sur la méthode, cela ne va pas. Je le répète et je l'ai redit. Je l'ai redit hier au président Hollande, je l'ai dit hier soir au président de la Commission, Jean-Claude Juncker, je l'ai dit à tous ceux qui ont eu la gentillesse et la courtoisie de m'appeler pour me poser la question de la situation de la Wallonie. Nous voulons bien discuter, mais nous voulons nous mettre autour d'une table, en toute transparence, dans le respect des règles démocratiques.

Nous voulons dire : « Nous, Wallons, voici les balises que nous voulons absolument retrouver dans un traité » et c'est seulement à l'issue d'une telle négociation, et si les partenaires européens et canadiens rencontrent l'essentiel de nos préoccupations, que nous pourrons vous dire : « Oui, c'est un traité qui fixe des standards très élevés et il mérite d'être défendu ».

À l'heure qu'il est, je n'ai toujours pas de réponse. J'ai appelé, ce matin encore, le ministre fédéral des Affaires étrangères, Didier Reynders, pour lui expliquer cette piste. J'ai senti un intérêt. J'espère que nous pourrons avancer dans cette direction ; c'est fondamentalement ma volonté. Il faut, pour cela, qu'il y ait une vraie volonté de changer la méthode et de démontrer que, en bout de course au moins, mieux vaut tard que jamais, face à des régions, qui ont des difficultés, et nous ne soyons moins isolés qu'on le pense. Bien sûr, personne n'ose sortir le premier. C'est toujours le même jeu, on se dit que celui qui sortira le premier sera celui qui se fera blâmer, c'est lui qui aura les mesures de rétorsion, c'est lui qui sera mis sous pression. Beaucoup attendent en se disant : « Tiens, les Wallons vont-ils

sortir les premiers, ce qui me permettra de ne pas devoir sortir puisque tout le processus sera paralysé ? » ; petit jeu tout à fait classique.

Je peux vous dire que, des très nombreux entretiens bilatéraux que j'ai eus, que des réticences, il y en a dans au moins quatre ou cinq États membres et que la Commission européenne en est parfaitement consciente.

Il n'y a que dans un jeu politique belgo-belge que l'on essaie de faire croire qu'il n'y a que la Wallonie qui a des réticences avec ce traité, à ce stade.

Si la situation est celle-là, mettons-nous à table, clairement, en toute transparence discutons. Voyons si nos demandes, légitimes, peuvent être rencontrées.

Les demandes que vous avez formulées, dans vos résolutions – je ne me cache pas devant le Parlement – demander au Parlement de faire un travail d'analyse, d'auditionner, de recevoir, de se prononcer, de fixer des balises dans une résolution, c'est un élément de vitalité démocratique plutôt que de se cacher. Je n'ai pas besoin du prétexte du Parlement. Je veux démontrer que je m'appuie sur une majorité parlementaire très large et qui dépasse le cadre de la majorité.

Quand on dit : « Nous avons des difficultés avec l'AICS, le fameux mécanisme d'arbitrage tel qu'il est toujours là », on est loin d'être les seuls. Lisez l'arrêt de la Cour constitutionnelle allemande d'hier soir qui dit :

Oui, l'Allemagne peut signer, mais pas ce mécanisme d'arbitrage et quoi qu'il arrive, il ne pourra pas entrer en vigueur, même pas de manière provisoire ». La Cour constitutionnelle allemande est quand même une institution qui pèse en Europe. Si elle le dit, c'est que ce ne sont pas seulement nous, les petits Wallons, qui avons un problème avec ce mécanisme. Elle retient exactement les mêmes critiques d'un risque de privatisation rampante de la justice que nous avons émises, que vous avez émises dans vos résolutions.

Quand nous disons : « La déclaration interprétative est pleine de bonnes intentions », c'est vrai. Les messages politiques qui sont exprimés sont des messages qui rencontrent nos aspirations, sur les droits de l'homme, sur l'exception culturelle, sur la protection des normes environnementales, sur les conventions de l'OIT, sur le droit du travail, sur la capacité de réguler, sur le principe de précaution, et autres, puisqu'il en arrive de nouvelles pages tous les jours. Tous ces éléments vont dans le bon sens, qui rencontrent ce qu'ont été nos aspirations.

Mais telle qu'elle est formulée aujourd'hui, cette déclaration interprétative n'est pas suffisante ; elle ne nous donne pas suffisamment de garanties.

Je ne vais pas entrer ici dans un débat de juristes, les expertises que nous avons demandées à différents cabinets d'avocats et différents universitaires nous disent qu'une déclaration interprétative peut, quand elle est écrite d'une certaine manière, avoir une force juridique totalement contraignante si elle est acceptée par les deux parties,

opposable aux tiers, reconnue comme étant opposable aux tiers et si elle est libellée de manière très précise elle a exactement la même valeur que le traité lui-même.

Si l'on dit dans la déclaration interprétative, à l'article 30, alinéa 5 : « Il faut comprendre tel mot comme ayant tel sens », cela a tout à fait la même valeur juridique qu'un amendement. C'est, de fait, un amendement au traité.

La question n'est pas « Faut-il une déclaration interprétative ou un autre instrument juridique ? ». La question c'est « Comment libelle-t- on ces observations ? ». C'est ce que j'ai dit aussi à tous ceux qui m'ont appelé. Si vous acceptez que nous rouvrions la discussion, nous demanderons que l'on relibelle, que l'on reformule un certain nombre de remarques qui sont dans la déclaration interprétative, que l'on en apporte quelques autres complémentaires.

Je suis convaincu que beaucoup d'autres États européens, pour avoir eu de nombreux contacts, nous soutiendront parce qu'eux aussi, aspirent à avoir des clauses beaucoup plus précises en matière de protection des services publics, de protection des droits du travail.

C'est ce message-là que nous devons faire passer.

Politiquement, ce n'est pas facile, évidemment que ce n'est pas facile. On prend des risques, quoi que l'on fasse. On prend le risque soit de s'isoler de sa population. Si l'on veut se dire « Ne nous prenons pas pour plus importants que nous sommes,

acceptons le traité tel quel, ce n'est déjà pas si mal. Tant pis pour les quelques petites imperfections ». Je crois que l'on ne fera que renforcer la défiance déjà très profonde dans le personnel politique et on ne fera que renforcer la défiance encore plus profonde à l'égard des négociations internationales et du commerce.

On peut se dire, à l'inverse : « Disons non, un point c'est tout, puis allons faire un feu d'artifice, en se réjouissant d'avoir fait échouer le bateau CETA. Et quoi demain ? Demain tant pis ! » Cela ne me paraît pas non plus être une position de responsabilité politique.

Par contre, on peut dire « non » et expliquer pourquoi on dit non, expliquer à quelles conditions nous accepterions de négocier à nouveau. Cela a toujours été et cela reste notre position.

Ce que je dirai, à l'ensemble de ceux qui me poseront la question, ce que j'ai dit et que je confirmerai au ministre fédéral des Affaires étrangères tout à l'heure, c'est ceci :

- aujourd'hui, le Parlement wallon a réexaminé la déclaration interprétative ;
- de nouveaux documents arrivent aujourd'hui, arriveront encore sans doute demain, peut-être lundi. Nous continuerons de les examiner, parce que c'est ce sérieux, c'est cette rigueur dans l'analyse qui nous donne de la crédibilité dans notre démarche ;

toutefois, aujourd'hui, à l'analyse, ceci ne donne pas de garanties suffisantes.

Comme je m'y étais engagé formellement devant vous, je ne donnerai pas les pleins pouvoirs au Gouvernement fédéral et la Belgique ne signera pas le CETA le 18 octobre.

Je ne prends pas ceci comme un enterrement, comme un veto sans condition, je prends ceci comme une demande de rouvrir des négociations pour que de légitimes attentes d'une société civile organisée, transparente, exprimées avec force, puissent être entendues par les dirigeants européens et pour que nous puissions ensemble contribuer, non seulement à notre prospérité, mais aussi à reconstruire la confiance politique entre les citoyens et leurs élus.